



Interviews

Datum: 30.12.2022

Philipp May im Gespräch mit Volker Beck, Präsident Deutsch-Israelische Gesellschaft

Philipp May: Es ist die am weitesten rechtsstehende Regierung in der Geschichte Israels, die gestern vom Parlament bestätigt wurde – an ihrer Spitze ein alter Bekannter: Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Seine konservative Likud-Partei regiert nun zusammen mit zwei streng religiösen Parteien und einem rechtsextremen, religiös-zionistischen Bündnis. Zu diesem Bündnis gehört etwa der neue Minister für nationale Sicherheit Ben-Gvir. Er wurde in der Vergangenheit wegen rassistischer Hetze und Unterstützung einer jüdischen Terrororganisation verurteilt. Am Telefon ist jetzt Volker Beck, langjähriger Bundestagsabgeordneter für die Grünen und heute Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft. Guten Morgen, Herr Beck!

Volker Beck: Guten Morgen!

May: Wird Ihnen angst und bange bei dieser neuen israelischen Regierung?

Beck: Also Sorgen habe ich schon, und ich hoffe, dass letztendlich doch sich die Interessen Israels gegenüber den durchaus schrägen Ansichten mancher Mitglieder der Regierungskoalition durchsetzen. Wir hatten auch schon in vergangenen Kabinetten von Netanjahu äußert schräge Töne, und dann hat sich doch letztendlich die Frage der Sicherheit und das internationale Ansehen als zentrale Motivlage durchgesetzt. Darauf setze ich, und darauf sollte meines Erachtens auch die Bundesregierung in ihrer Außenpolitik setzen, aber es gibt durchaus Anlass zur Sorge, wenn man die Vita einiger Leute anschaut und auch anschaut, was sie im Wahlkampf so gesagt haben.

May: Gucken wir auf eine Person, die jetzt immer wieder rausgenommen wird – es sind mehrere Personen, haben Sie schon gesagt, aber es sticht eben dieser Itamar Ben-Gvir raus. Der ist in Israel allgemein anerkannt als rechtsextrem, ist wegen Rassismus auch vorbestraft und bekommt jetzt die Kontrolle unter anderem über die Grenzpolizei. Ich stelle mir das gerade für Deutschland vor, das wäre ja schlicht und ergreifend nicht möglich oder unwahrscheinlich.

Beck: Na ja, hoffen wir das. Also ich denke irgendwie, es steht uns schlecht zu Gesicht, da mit besonders von oben herab draufzuschauen. Erstens sind wir ein Land, das merkwürdige politische Entwicklungen in den letzten Jahren erlebt hat auf den Straßen und leider auch im Bundestag, obwohl wir nicht ein Land im Krieg sind mit unseren Nachbarn, weil das setzt eine Zivilgesellschaft doch ganz anders politisch unter Stress. Aber in der Tat, so was ist bei uns bislang noch ein Tabu, und ich hoffe, dass letztendlich doch auch das israelische Sicherheits-Establishment da bestimmte Dinge auch verhindern wird, die durch die Rhetorik nahegelegt werden. Wir haben ja gesehen in den letzten Tagen sowohl viele Militärs und ehemalige Militärs, die sich zu Wort gemeldet haben wegen solcher Fragen. Wir haben gesehen

angesichts der Töne aus Smotrichs Partei, man soll aus religiösen Gründen die ärztliche Behandlung von LGBT-Menschen verweigern können, dass die israelische Ärzteorganisation auf die Barrikaden gegangen ist. Also die israelische Zivilgesellschaft ist schon sehr lebendig. Auch wenn hier jetzt in der Regierung Stimmen dominieren, die Anlass zur Sorge sind, ist das eben nicht Israel, und ich setze da sowohl auf das Establishment in bestimmten staatlichen Einheiten wie auf Widerständigkeit der israelischen Zivilgesellschaft.

May: Ganz kurz zur Klarstellung: Ich hab's gerade gesagt und hätte mir in der Sekunde am liebsten schon wieder auf die Zunge gebissen. Wie sollte sich die Bundesrepublik Deutschland dieser Regierung gegenüber verhalten?

Beck: Wir sind ein Partner Israels, und ich denke immer, die Partnerschaft zwischen zwei Staaten ist nicht die Partnerschaft zwischen zwei Koalitionen. So sehen wir das auch als deutsch-israelische Gesellschaft für uns, und wir sagen, unsere Freundschaft gilt dem israelischen Volk, und unsere Freundschaft gilt der Beziehung zwischen Israel und Deutschland insgesamt. Das sollte erst mal sozusagen die Grundhaltung sein, und deshalb sollte man auch die Kooperation nicht infrage stellen. Man sollte sich vielleicht aber anschauen, wie in der Vergangenheit welche Politik in solchen schwierigen Situationen gegenüber Israel erfolgreich war, und da möchte ich dran erinnern, dass der Letzte, der einmal einen Siedlungsstopp in Israel erreicht hat, nämlich bei Netanjahu, war Trump, und zwar damit, dass er den Israelis was bieten konnte, nämlich die Abraham Accords. Und das heißt, wir sollten jetzt nicht auf so eine schwarze Pädagogik der Besserwisserei setzen, sondern gucken, dass man mit gemeinsamen Interessen eine konstruktive Rolle spielen kann.

May: Abraham Accords, das müssen Sie, glaube ich, jetzt noch mal ganz kurz für alle unsere Hörerinnen und Hörer erklären.

Beck: Es gab in den letzten Jahren die Entwicklung, dass mehrere arabische Staaten und die Vereinigten Arabischen Emirate bis hin zu Marokko Vereinbarungen mit Israel eingegangen sind, die die Feindseligkeit zwischen diesen Staaten und Israel beendet haben und ein neues Kapitel der Kooperation, insbesondere im ökonomischen und technischen und wissenschaftlichen Bereich, eröffnet haben. Daran hat Israel ein großes Interesse, das hat Netanjahu gestern übrigens in seiner Kabinettsitzung auch gesagt, dass man hofft, hier weitere Staaten in diese Entwicklung einzubinden, womöglich sogar Saudi-Arabien. Das wird Netanjahu nicht gelingen, wenn die Rhetorik seiner Koalitionspartner tatsächlich Politik werden sollte.

May: Jetzt ist Rhetorik ja das eine, das Regierungsprogramm aber das andere. Da steht explizit in der Vereinbarung, das jüdische Volk hat ein exklusives Recht auf alle Gebiete von Eretz Israel, also das gesamte ehemalige palästinensische Mandatsgebiet. Die Regierung wird die Besiedlung in allen Teilen von Eretz Israel fördern – in Galiläa, der Negev, den Golanhöhen und Judäa und Samaria. Was ist unter diesem Eindruck Oslo 93, die Einigung auf die Zweistaatenlösung, noch wert?

Beck: Na ja, die Einigung auf die Zweistaatenlösung ist schon lange nicht sehr viel wert und nicht zuletzt deshalb, weil die palästinensische Seite nicht bereit war, weitere Schritte zu gehen und alle Verhandlungsergebnisse immer in letzter Minute in den Wind geschlagen hat. Aber natürlich ist das auch, was da in dem Vertrag steht, zunächst mal auch erst nur Rhetorik, und das muss alles in einzelnen Beschlüssen und Maßnahmen gegebenenfalls sich konkretisieren. Und das sehe ich so noch nicht, weil was soll das für ein politisches Konzept sein, wo will man hin mit den Palästinensern, die in den Gebieten leben, da heißt sich auch die Rhetorik ein bisschen mit der Realität. Ich glaube nicht, dass Netanjahu an einer Eskalation der Situation in der Westbank massives Interesse hat, sondern er wird da versuchen wahrscheinlich, vieles einzufangen. Und da rate ich übrigens, genauer hinzuschauen, auch von der deutschen Außenpolitik wie von der europäischen. Wir haben in der Vergangenheit nicht differenziert, und da spielt Oslo dann doch wieder eine Rolle zwischen Siedlungsblöcken, die in den vergangenen Verhandlungen immer schon konzidiert waren, dass die an Israel gehen, und neuen Siedlungen, Outposts, die entstehen. Und da sollten wir vielleicht ein bisschen differenzierter drauf schauen, um zwischen Skandalgerufe bei Sachen, wo wir ohnehin wissen, dass wenn es mal eine Einigung geben sollte, dass das nicht zur palästinensischen oder arabischen Seite geht – da kann man sich eher zurückhalten. Und bei neuen Entwicklungen sollte man allerdings schon auch durchaus sagen, dass man das kritisch sieht.

May: Wenn Sie sagen, Sie hoffen drauf, dass Netanjahu das einfangen wird – ich glaube, kann ja sein, dass Netanjahu tatsächlich ein Interesse hat, nur die Frage ist ja, haben seine Koalitionspartner, seine neuen Regierungsfreunde ein Interesse daran, gerade jetzt auch bei den Koalitionsverhandlungen, die sich ja viel länger hingezogen haben, als Netanjahu das selbst erwartet hat. Die scheinen ja eher den Verdacht zu bestätigen, dass das sehr schwierige Partner für Netanjahu werden und sehr selbstbewusste Partner auch.

Beck: Ja, und es kann ja auch sein, dass diese Koalition auch gar nicht so lange dauert. Sie hat eine stabile Mehrheit, wenn sie sich sehr einig wäre, aber Sie haben ja schon drauf verwiesen, wie schwierig es war, diese Fliehkräfte zu einem gemeinsamen Koalitionsprojekt zusammenzubringen. Und wenn man sich mal die Kabinettsliste anschaut, dann irritiert vor allen Dingen eines, dass in mehreren zentralen Kabinettsposten wie zum Beispiel dem Außenministerium eine Rotation vorgesehen ist, wo die eine Person erst mal für ein Jahr Außenminister ist, die zweite Person dann für zwei Jahre, und dann kommt wieder im letzten Jahr der Legislaturperiode geplant die erste Person wieder ins Spiel. Also so was macht man eigentlich nur, erstens, wenn das Ganze sehr auf wackligen Füßen steht, und zweitens, wenn diese Absicherung ist, mit dem ersten und dem letzten Jahr, dass viele Beteiligten offensichtlich auch nicht so richtig sind, wie lang dieses Bündnis halten soll. Es gibt massive Interessen von Netanjahu, letztendlich über diese Koalition seine Prozesse zu beenden, und wenn das erledigt wäre, ist die Frage, ob er überhaupt noch ein Interesse hat an dem Fortbestand dieser Koalition.

May: Wo Sie das Beenden der Prozesse ansprechen, es werden ja auch einige Reformen insbesondere im Bereich der Justiz angekündigt, die Experten und große Teile der israelischen Gesellschaft inklusive Opposition aufhorchen lassen – vom Ende der Gewaltenteilung

ist da die Rede, die Warnungen sind, es droht ein Abbau des Rechtsstaats. Teilen Sie diese Sorge?

Beck: Das ist eigentlich die Sorge, die meine größte ist, diese Idee – übrigens eine Diskussion, die wir leider auch aus Deutschland kennen –, dass man mit einem Mehrheitsvotum in der Knesset Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, der die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im israelischen Rechtssystem hat, überrollen kann. Das halte ich in der Tat für eine sehr bedenkliche Überlegung und eine Infragestellung der strikten Gewaltenteilung, und ich hoffe, dass es da auch noch mal zu einem Nachdenken kommt, aber diese Idee kommt aus Netanjahus Partei.

May: Und was ist, wenn Israel wirklich diesen Weg geht und in den Autoritarismus abgleitet? Wäre ja nicht das erste Land, dem das passiert.

Beck: Unsere westlichen freiheitlichen Demokratien stehen da alle gegenwärtig in einem Stresstest, und man kann nur sozusagen für Freiheit, Demokratie und die Grundprinzipien von Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz weiterstreiten. Das gilt für Deutschland, das gilt für Israel, und das gilt auch im internationalen Miteinander innerhalb der freien Welt.

May: Gelten für Israel die gleichen Maßstäbe wie beispielsweise für Ungarn?

Beck: Die Maßstäbe worauf? Israel ist nicht Mitglied der Europäischen Union, Ungarn, Polen und Italien sind es. Ich denke, bei Israel muss man immer bedenken, dass eine Komponente dazukommt, dass es ein Land ist, das seit 75 Jahren im Krieg mit seinen Nachbarn ist. Die Feindseligkeiten mit Syrien und Libanon wurden niemals formell völkerrechtlich beigelegt. Wir haben vorhin über die Abraham Accords gesprochen – auch andere Parteien des Konfliktes sind noch nicht alle beigedreht und haben akzeptiert, dass dieser Staat überhaupt existiert. Das ist eine besondere Anspannung, eine besondere Herausforderung, es entschuldigt trotzdem keine antidemokratischen Entwicklungen. Deshalb hoffe ich auch, dass die israelische Zivilgesellschaft und die Kräfte auch in der jetzigen israelischen Regierung da den Weg in den nächsten Jahren der Vernunft gehen, und mal sehen, welche Koalition wir am Ende dieser Wahlperiode erleben werden.

May: Eine Frage habe ich noch zum Abschluss: Was kann Deutschland Israel anbieten?

Beck: Deutschland kann zum Beispiel in der Iran-Politik mal anbieten, dass es das ernst nimmt, was die Vorgängerregierung auch schon gesagt hat, dass dieses iranische Atomprogramm Israels Sicherheit tatsächlich gefährdet, und dass wir das immer in den Wind geschlagen haben, hat übrigens auch nicht geholfen, dass die Kräfte, die die letzte Regierung getragen haben bei den Wahlen, stärker werden konnten. Ich denke, da sollten wir endlich mal auch vertragstreu sein. Im Rahmen dieses Nuklearabkommens gibt es einen Snapback-Mechanismus: Wenn der Iran seine Verpflichtungen nicht eingehält, springen die Sanktionen wieder zurück. Das haben wir leider bislang nicht in Kraft gesetzt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.